



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter SPD**

Kein Platz für China in der Konsultativgruppe des UN-Menschenrechtsrats

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt die Benennung des Vertreters der Volksrepublik China in die United Nations Human Rights Council (UNHRC) Consultative Group und stellt fest, dass die anhaltenden eklatanten Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China ein Ausschlusskriterium für die Entsendung in gerade dieses Gremium darstellen.

Begründung:

Das kommunistische Regime der Volksrepublik China stellt künftig eines von fünf Mitgliedern in der United Nations Human Rights Council (UNHRC) Consultative Group – ein einflussreiches Gremium, das weitreichend die Zusammensetzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen bestimmt. Es bestimmt künftig über seinen Sitz in diesem Gremium maßgeblich mit, welche UNHRC-Ermittler künftig in welchen Teilen der Welt Menschenrechtsverletzungen untersuchen.

Angesichts der alltäglichen Menschenrechtsverletzungen in China selbst lässt der institutionelle Einfluss von Pekings Autokraten in der United Nations Human Rights Council (UNHRC) Consultative Group befürchten, diese Position auszunutzen, um von eigenen Menschenrechtsverletzungen abzulenken und die Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen im eigenen Sinne manipulativ umzuinterpretieren.

Statt Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit interpretiert Peking die Hebung des allgemeinen Volkswohls als gesellschaftlichen Menschenrechtskern, dem sich das Individuum unterzuordnen habe. Dabei werden Menschenrechte in China mit Füßen getreten: Todesstrafe, Folter, Umerziehungslager, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Medien- und Internetsensur sowie die Unterdrückung ethnischer Minderheiten in Tibet oder Xinjiang sind Beispiele dafür.

Die Integration der Volksrepublik China in die internationale Gemeinschaft ist ein richtiges und notwendiges Instrument multilateraler Zusammenarbeit. Es ist jedoch festzustellen, dass China bereits seit 20 Jahren seinen Einfluss in UN-Organisationen und anderen internationalen Foren für die Zwecke der Ausweitung und Legitimierung des eigenen Supermachtanspruchs ausweitet. Aktuell werden vier von 15 UN-Organisationen von Vertretern Chinas geführt, in weiteren sieben stellen sie die Stellvertretung.